



ANTRAG	Vorlage Nr.:	2019/0207
SPD-Gemeinderatsfraktion		
Förderung der Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	09.04.2019	20	x	

1. Die Verwaltung ermittelt, inwieweit die Ausführungsbestimmungen und die Verfahrensregelungen bei der Inanspruchnahme von Lernförderung im Rahmen des BuT vereinfacht werden können und stellt die Ergebnisse dieser Überprüfung in den entsprechenden Ausschüssen vor.
2. Die Verwaltung zeigt dabei auf, welche bisherigen Lücken in diesem Bereich kommunal zu finanzieren wären, da sie durch das BuT nicht abgedeckt werden.
3. Die Verwaltung richtet einen Arbeitskreis der Jugendhilfe-Träger ein, um allen Karlsruher Kindern und Jugendlichen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit widerfahren zu lassen, nachdem sich viele Träger aus diesem Bereich zurückgezogen haben.

Begründung:

Gleiche Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sind uns ein wichtiges Anliegen. Von den freien Trägern im Jugendhilfebereich haben sich viele zurückgezogen. Neben der AWO haben bieten nur noch der Stadtjugendausschuss, der IB und einige kleine Träger die Lernförderung im Rahmen von BuT, da die Ausführungsbestimmungen zu streng gehandhabt werden. Die Verwaltungsprozesse sind kompliziert und aufwendig. Es bestehen administrative Hürden für die Eltern. Eine Bewilligung erfolgt i. d. R. nur bei Hartz IV-Bezug.

Bspw. kann die BuT-Förderung nur bei Versetzungsgefährdung in Anspruch genommen werden. Chancengleichheit bedeutet aber auch, dass ein Bildungsaufstieg ermöglicht wird und nicht nur eine Notfallhilfe.

unterzeichnet von:

Parsa Marvi
Yvette Melchien
Gisela Fischer
Irene Moser